

Die entwicklungspolitische Debatte entdeckt die Migration als neuen Heilsbringer

Migration wurde in der entwicklungspolitischen Debatte lange als Problem definiert und mit Landflucht, Verstädterung, Zwangsumsiedlung oder Flucht in eins gesetzt. In jüngerer Zeit hingegen feiern internationale Entwicklungsagenturen das entwicklungspolitische Potenzial der Migration geradezu. Auf welchen (Fehl)Annahmen beruht dieser Paradigmenwechsel, und wohin führt er?

von Martina Backes

> Über 800.000 Filipinas wandern jährlich aus, um andernorts Geld zu verdienen. Ihre Rücküberweisungen tragen jährlich über sieben Milliarden Dollar zum Bruttoinlandsprodukt der Philippinen bei. Informell sollen es sogar dreizehn Milliarden Dollar mehr sein. Auch Bangladesch, China, Indonesien, Nepal und Vietnam gelten als klassische Emigrationsländer, teilweise verfolgen sie eine aktive Auswanderungspolitik. Der vietnamesische Staat erhofft sich von der Entsendung von 500.000 VietnamesInnen jährlich zwei Milliarden Dollar Rücküberweisungen.

Seit bekannt wurde, dass die Rücküberweisungen von MigrantInnen in ihre Heimatländer die globalen öffentlichen Mittel für Entwicklungszusammenarbeit (ODA) nahezu dreifach übersteigen und die Geldtransfers für manche Länder eine der wichtigsten Einnahmequelle für ausländische Devisen darstellen, schenken internationale Organisationen der Migration erhöhte Aufmerksamkeit. Es ist unter anderem der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu verdanken, dass die Leistungen der MigrantInnen nunmehr eine gewisse – wenngleich auf ökonomische Kennziffern reduzierte – Anerkennung genießen. Schon seit geraumer Zeit beschäftigt sich die ILO mit arbeitsrechtlichen Aspekten der internationalen Migration 1). In einer Reihe von Studien hebt sie die Relevanz der internationalen Migration für eine globale Arbeitsmarktpolitik hervor.

Auch bei anderen internationalen Organisationen boomt das Thema. Im April 2003 gründete sich die Global Migration Group mit dem Ziel, ihre jeweilige die Migration betreffende Politik aufeinander abzustimmen. Gründungsmitglieder sind unter anderen ILO, IOM, UNCTAD und UNHCR, im September 2006 traten UNDP und Weltbank bei.

Der Blick auf die Migration ist auf volkswirtschaftliche Größen beschränkt

Die International Organisation of Migration (IOM) stellte 2005 den potenziellen Beitrag der Migration zur Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele (MDG) heraus. 2) Ebenfalls 2005 erschien der Bericht der Global Commission on International Migration (GCIM)³, die UN-Generalsekretär Kofi Annan zwei Jahre zuvor ins Leben gerufen hatte. 2006 machte die Weltbevölkerungsstiftung UNFPA Frauen und Migration zum Fokus ihres jährlichen Weltbevölkerungsberichts (vgl. iz3w 297, S. 36). Der Global Prospects Report der Weltbank von 2006 beschäftigt sich mit dem ökonomischen Potenzial der Rücküberweisungen. Im September 2006 berieten sich 120 hochrangige

RegierungsvertreterInnen über die von der Global Commission on International Migration empfohlenen unverbindlichen »Neuen Handlungsprinzipien«. Hauptthema war, wie die Migration sowohl für Herkunfts als auch Aufnahmeländer nutzbar gemacht werden könnte.

Vom Stiefkind zum Liebling

> Die Hochkonjunktur des Themas internationale Migration steht in starkem Kontrast zum bisherigen Umgang damit. Lange Zeit wurden die vielfältigen Migrationsrouten und -wege in der Entwicklungsdebatte ignoriert oder nur sehr einseitig wahrgenommen. Landflucht hier, wachsende Metropolen dort, Verstädterung einerseits und »Entvölkerung« andernorts das klang nach Armut, Elend und »Fehlentwicklung«. Migration galt als Problemfeld, das der Modernisierung und nachholenden Entwicklung in den Ländern des Südens schadete. Die Städte wuchsen zu schnell und ungeordnet, seien chaotisch und nur schwer kontrollierbar. Auf dem Land hingegen mangle es an Innovationen und qualifizierten Arbeitskräften. Wachsende Armut wurde beiden prophezeit. Gegenüber den vielfältigen Migrationsmotiven gaben sich die EntwicklungsexpertInnen hingegen blind. Sie zeigten kaum Interesse für die konkreten Vor- und Nachteile, die sich für die MigrantInnen und deren Familien ergeben. 4)

Heute hingegen schwärmt die Weltbank davon, dass die Ausgaben für Bildung, Gesundheit und Investitionen bei Familien, die in den Genuss von Rücküberweisungen kommen, höher ausfielen als bei Familien ohne MigrantInnen im Ausland. 5) Diese rissen auch in Krisenzeiten nicht ab, sondern fielen gerade dann eher noch höher aus. Daraus leitet die Weltbank einen positiven Effekt der Migration auf die Ernährungssicherung, auf die Armutsreduzierung und damit auf die Erreichung der MillenniumsEntwicklungsziele ab. Auch die Kreditentwicklung und die Erhöhung der Bankguthaben jener Länder, die Rücküberweisungen erhalten, hebt die Weltbank hervor. Dank der Geldtransfers der MigrantInnen würden mehr Direktinvestitionen getätigt und so tendenziell Entwicklung initiiert, etwa indem Kleinunternehmen in den Herkunftsländern gegründet würden und so Beschäftigung geschaffen würde. Dies könne durch Förderprogramme für RückkehrerInnen oder Initiativen der Diaspora noch verstärkt werden, so die Weltbank.

Auch der Bericht der GCIM liest sich wie ein Strategiespiel über die richtige globale Verteilung der menschlichen Arbeitskraft und über den effizienten Einsatz des durch sie erwirtschafteten Privatkapitals. Die GCIM fordert, dass über zeitlich befristete Arbeitsverträge für MigrantInnen und ein spezielles Förderprogramm für »Rückkehrerinnen« der Transfer von Wissen in Entwicklungsländer begünstigt wird.

Vorleistungen der Armen

Die statistisch erfassbaren grenzüberschreitenden Rücküberweisungen ziehen wegen ihrer bezifferbaren Summen besonders viel Aufmerksamkeit auf sich. Tatsächlich tragen viele MigrantInnen über vielfältige individuelle und gemeinschaftlich organisierte Unterstützung zur Sicherung der Existenz von Verwandten und Gemeinden in den Herkunftsländern bei. So schätzt etwa die Coalition for the Urban Poor (CUP) für Bangladesch, dass aus Dhaka stammende MigrantInnen bis zu 60 Prozent ihres Einkommens an Verwandte schicken. In deren Haushalt macht das transferierte Geld bis zu 80 Prozent des Haushaltsbudgets aus.

Die Zusammenhänge von Migration, struktureller Armut, Rücküberweisungen und Schaffung von Beschäftigung in den Herkunftsländern sind jedoch wesentlich

komplizierter, als es bei der Weltbank und anderen Entwicklungsagenturen aufscheint. Die Rückweisungen als potenzielles Instrument der Armutsreduzierung zu loben, ist allzu verkürzt. Gerade die ärmsten Haushalte mit weniger qualifizierten MigrantInnen erhalten oft ne Rücküberweisungen. Andere müssen für den »Export« ihrer Familienmitglieder hohe Investitionskosten aufbringen, auf denen sie sitzen bleiben und für die sie sich sich dauerhaft verschulden. Eine Arbeitsvermittlung von den Philippinen nach Kuwait kostet rund 3.000 US Dollar, von Bangladesch nach Deutschland 4.000 bis 6.000 Dollar. Eine »Reise« von China in die USA liegt bei 30.000 bis 50.000 Dollar. 6)

Migration kann daher auch Verarmung nach sich ziehen oder die soziale Spaltung zwischen erfolgreichen und erfolglosen Migrationsfamilien sowie denjenigen mit und ohne migrierende Angehörige bewirken. So kam es in Bangladesch zu einer Verschärfung von sozialen Disparitäten, weil migrantische Familien ihr Geld in Landkäufe investierten und nun mehr Land besitzen, ohne es selbst landwirtschaftlich zu nutzen. Die Landpreise stiegen an, wodurch die landwirtschaftliche Produktivität insgesamt nachgelassen hat. Die Migration wirkte letztlich kontraproduktiv auf die ländliche Entwicklung.

Zudem werden die unterstützenden Leistungen der Familien und Netzwerke in den Herkunftsländern der MigrantInnen oft gar nicht berücksichtigt. Viele Migrantinnen kehren ohne Anspruch auf Sozialleistungen in ländliche Regionen und familiäre Netze zurück, etwa bei politischen Krisen, Katastrophen oder aufgrund unzumutbarer Ausgrenzung und Illegalisierung und werden von ihren Herkunftsstrukturen wieder aufgefangen. Ebenso werden im Vorfeld der Migration reproduktive Aufgaben und die Ausbildung den Familien und den ländlichen Gemeinden überlassen. Die ArbeitgeberInnen im Ausland rekrutieren Arbeitskräfte, ohne in deren Ausbildung und langfristige soziale Absicherung investieren zu müssen.

Beispiel Thailand: Allein im ersten Halbjahr 2006 haben über hunderttausend ThailänderInnen ihr Land verlassen, viele von ihnen arbeiten als Hausangestellte in Taiwan. Die Familien in der Heimat der Migrantinnen bleiben auf den Reproduktionsaufgaben sitzen, die die Migrantinnen nun statt in der eigenen Familie als Kindermädchen ihrer neuen HerrInnen ausüben. Ein System, das eine Klassenbildung gerade auch unter Frauen verstärkt: Die Frauen der oberen Mittelschicht in Taiwan können dank der billigen Haushälterinnen eigenes Geld verdienen und damit mehr finanzielle Unabhängigkeit sowie gesellschaftliche Anerkennung erlangen kurz: sich emanzipieren. Ihre Hausangestellten aus Thailand und den Philippinen hinterlassen ihre eigenen Kinder oft einer ungewissen Zukunft oder der Erziehung durch Geschwister und Großeltern. Wieder sind es die armen Familien, die eine Mehrbelastung tragen.

Die wechselseitige Abhängigkeit von ländlichen, subsistenzorientierten Strukturen und »modernen« Wirtschaftssektoren, die dank migrantischer Billigarbeitskraft Mehrwert akkumulieren und sich »entwickeln« können, wird bei der Rechnung über die armutsbekämpfende Wirkung der Rücküberweisungen ausgeblendet. Diesbezüglich war die entwicklungspolitische Debatte in den 1970er und 80er Jahren schon einmal weiter.

Es gehen die Ausgebildeten

> Eine weitere Fehlannahme, die in der entwicklungspolitischen Debatte derzeit kursiert, ist der Glaube, Entwicklung oder Armutsreduzierung verringere generell den Trend zur Abwanderung, gerade auch bei Qualifizierten. Doch es sind häufig die gut Ausgebildeten, die die Arbeitsmigration gegenüber dem schwierigen Auskommen im eigenen Land bevorzugen und so zum »brain drain« beitragen. Länder wie Sambia, Südafrika und

Thailand beklagen einen Mangel an qualifiziertem Gesundheitspersonal, das auf dem Land dringend gebraucht wird. Von 600 in Sambia ausgebildeten Ärzten arbeiten noch 50 im eigenen Land. Seit dem Jahr 2000 haben 16.000 ausgebildete afrikanische Krankenschwestern ihren Kontinent verlassen, viele von ihnen arbeiten in europäischen Krankenhäusern.

Ferner macht ein Blick auf die Landwirtschaft in vielen Ländern deutlich, dass Programme der ländlichen Entwicklung Migration mitverursachen können. So führte die Grüne Revolution in Indien unter anderem dazu, dass nun aus den Dürrezonen in WestBengalen jährlich 500.000 Dalits (Kastenlose) in die Reisanbaugebiete im Bundesstaat Punjab migrieren und dort als Tagelöhner minimale Einkommen verdienen. 7) Andere arbeiten in der Salzgewinnung oder Fischindustrie an der Küste. Beispiele dafür, dass migrantische Billiglohnarbeit in der Landwirtschaft zur Kostensenkung herangezogen wird, seit Technisierung, Agrarchemikalien und Subventionen an ihre Grenzen stießen, finden sich überall: indonesische Plantagenarbeiterinnen in Malaysia, afrikanische Erntehelfer in spanischen Gewächshäusern, polnische Spargelstecher auf deutschen Erdbeerefeldern oder ukrainische Erntehelfer auf polnischen Spargelfeldern.

Illegalisierung als Strategie

> Eine der folgenreichsten Fehlentwicklungen internationaler Migrationspolitik ist die strikte Zweiteilung der Migration in eine, die als Entwicklungspotenzial weiter gefördert werden soll, und einer vermeintlich anderen, die als »irreguläre« Migration bekämpft wird. Dem folgt auch das entwicklungspolitische Establishment: Die »unregulierten« Formen der Migration werden als ein zu bekämpfendes Phänomen verurteilt und damit die MigrantInnen, die sich in informellen Strukturen bewegen (müssen), illegalisiert. Um die ausbeuterischen Seiten der Migration wie Menschenhandel und Sklaverei zu unterbinden, sollen bilaterale Verträge etwa zwischen Entsende- und Aufnahmeländern abgeschlossen werden. Die Benachteiligung vieler MigrantInnen durch nationale Asyl und Abschiebepolitik wird hingegen seitens der Entwicklungspolitik stillschweigend hingenommen oder gar als angebliches Mittel zur Eindämmung von Menschenhandel und Prostitution gutgeheißen.

Diese Doppelstrategie der selektiven Förderung von qualifizierten Migrantinnen und der Kontrolle und Illegalisierung von migrantischer Billiglohnarbeit ignoriert jene MigrantInnen, die in großer Zahl in der informellen Ökonomie arbeiten. Ohne deren Dienstleistungen würden die Megacities und urbanen Zentren kaum so weiterfunktionieren wie bisher. Insbesondere Bausektor, Müllentsorgung oder Haushaltstätigkeiten sind klassische Domänen jener »Schattenwirtschaft«, in denen migrantische Billigarbeitskraft verbraucht wird. Angesichts der grassierenden Privatisierung von bislang öffentlichen Versorgungsdienstleistungen hängt auch die Selbstversorgung der armen Stadtbevölkerung von informellen Strukturen ab, etwa bei Wasserversorgung, Unterkunft, Transport oder Handel mit Gütern des täglichen Bedarfs. Gerade Migrantinnen haben oft das KnowHow und die ökonomischen Beziehungen zum Aufbau dieser informellen Versorgungsstruktur.

Soziale Unsicherheit kein Thema

> Allein in Asien werden 40 Prozent der MigrantInnen als »Undokumentierte« gehandelt, das sind über sechs Millionen Menschen. Ihre prekäre Situation kommt nur dann zur Sprache, wenn Menschenhandel unterbunden werden soll internationale Programme zu ihrer Unterstützung gibt es keine. Umso mehr sind die Illegalisierten von den staatlichen

Rückführungsprogrammen betroffen, die verschiedene Länder in Asien institutionalisiert haben. Doch über die Abschiebelager in Thailand, Malaysia und anderswo sowie über die zahlreichen Menschenrechtsverletzungen gegen Migrantinnen schweigt das entwicklungspolitische Establishment.

Dass die Migration(spolitik) in vielen Entwicklungsländern zur Verletzung sozialer und politischer Rechte führt, sickert kaum bis in die im Westen geführte entwicklungspolitische Debatte durch. In chinesischen Großstädten leben viele MigrantInnen in unhygienischen und schadstoffbelasteten Unterkünften. Schon jetzt fehlen dort Schulen für sechs Millionen Kinder von MigrantInnen. Fast überall sind Frauen und Mädchen sexueller Ausbeutung und Infektionskrankheiten ausgesetzt insbesondere deshalb, weil es kaum Gesundheitsdienstleistungen für (undokumentierte) MigrantInnen gibt. In China herrscht mittlerweile grundsätzlich ein Recht auf freie Mobilität, aber kein oder höchstens ein eingeschränktes Siedlungsrecht für MigrantInnen. 8)

Auch in Indien gibt es eine Reihe von politischen Instrumenten, die indirekt gegen MigrantInnen gerichtet sind. So wären diejenigen, die unter der Armutsgrenze leben ('below the Poverty Line' BPL), eigentlich dazu berechtigt, subventionierte Nahrungsmittel zu erhalten und Bildung und Gesundheitsdienste in Anspruch zu nehmen. Doch BPL-MigrantInnen werden von diesen sozialen Leistungen ausgeschlossen. Als Beweis der Zugehörigkeit zur Klasse der BPL dient eine Rationskarte, die auf der Basis des Wohn- bzw. Geburtsortes ausgestellt wird und in anderen Dörfern oder Städten nicht gültig ist.

Benachteiligungen dieser Art tragen dazu bei, dass viele der in den MDGs formulierten Ziele für MigrantInnen nicht realisiert werden können. Der strukturelle Ausschluss vieler MigrantInnen von den MDGs und wie ihm begegnet werden könnte, ist aber nicht Thema der neuen Debatte um Migration und Entwicklung. Stattdessen ist der Blick auf die Migration beim entwicklungspolitischen Establishment auf volkswirtschaftliche Größen beschränkt.

Machtvolle Aneignung

> Die Suche nach immer neuen, effektiven entwicklungspolitischen »Instrumenten« zur Bekämpfung der Armut in der Dritten Welt hat im Laufe der letzten fünf Jahrzehnte vielerlei Gestalt angenommen: da war der Fokus auf der technische Hilfe in Form von Staudambauten oder Hohertragssorten, die kostspieligen Finanzspritzen für den Ausbau von Infrastruktur, die Vergabe von Krediten und das Verschreiben von Sparprogrammen, etwa durch die Privatisierung von öffentlichen Dienstleistungen, die Förderung von Unternehmensgründungen und der verordnete Abbau von Subventionen. All dies geschah und geschieht mit Blick auf die Staatskassen und die »Gesundheit« der nationalen Ökonomien.

Erst nachdem diese Instrumente kritisiert wurden oder sie keinerlei positive Effekte zeitigten, fiel das Augenmerk auf die Menschen. Mit den Forderungen nach »Hilfe zur Selbsthilfe« und nach gezielter Förderung von Frauen begann ein Prozess, der weniger den Staat, als vielmehr die Gesellschaft in den Mittelpunkt der entwicklungspolitischen Aufmerksamkeit stellte: Gemeinden, Landlose, Bauern und Bäuerinnen, KleinunternehmerInnen sowie Vertreterinnen der Zivilgesellschaft galten fortan als »Zielgruppen«. Dem Konzept der Selbsthilfe, die dazu aufforderte, das eigene Schicksal in die Hand zu nehmen, folgte bald das Loblied auf die Partizipation, die hilflose Opfer im Handumdrehen zu mündigen Akteuren umdefinierte, ohne die Voraussetzungen zu bezeichnen, die für eine gleichberechtigte Gestaltung von Veränderungen unverzichtbar

sind. Nun fällt der Blick auf die MigrantInnen, die noch vor wenigen Jahren vor allem als Störenfriede auf dem nationalen Beschäftigungsmarkt gesehen wurden.

Mit Blick auf das offensichtliche Scheitern vieler entwicklungspolitischer Instrumente würden sich die Entwicklungsagenturen die beeindruckenden Statistiken über die Rücküberweisungen wohl gerne auf die eigene Fahne schreiben. Mit der Anerkennung von Migration als einer alltäglichen Praxis der Daseinsvorsorge und Krisenbewältigung „von unten“ hat der Blick der Entwicklungsagenturen auf die Migration jedoch nichts zu tun. Erstens sind sie ignorant gegenüber den menschlichen Kosten, die mit Migration oft verbunden sind. Von den oft prekären Arbeitsbedingungen der MigrantInnen, von der oft langen Zeit der Ungewissheit, bis der erste Job gefunden ist und die erste Rücküberweisung erfolgt, von den gescheiterten suchen und denen, die diese Chance erst gar nicht haben, von den persönlichen Krisen, individuellen Schwierigkeiten und Ausgrenzungen, denen viele MigrantInnen mehr oder wenig ausgesetzt sind, ist kaum die Rede. Ganz zu schweigen von den strukturellen Disparitäten, die als Ergebnis von Migrationsregimen entstehen.

Zweitens kann der Ansatz der internationalen Entwicklungsagenturen, Migration als Strategie zur Überwindung von Armut und zur Erreichung der MDG zu handeln, allzu leicht in der machtvollen Aneignung der Leistungen und Risiken von MigrantInnen enden. Schließlich besitzt, wer über die Mobilität anderer bestimmen kann, Macht über sie. Der Kontrolle der Mobilität möchte man zudem die entwicklungspolitische Steuerung der von MigrantInnen privat erwirtschafteten Gelder und ihres mühevoll erarbeiteten KnowHows an die Seite stellen. Die neue Interessensgemeinschaft von denen, die Migration steuern wollen, und denen, die Entwicklung »von oben« planen, ist unter dem Aspekt globaler Machtverteilung hochbrisant.

Do it yourself!

> Drittens wendet sich die Debatte um die »positiven Zusammenhänge von Migration und Entwicklung« kaum gegen die strukturellen Ursachen sozialer Unsicherheit, wie etwa ruinöse Weitmarktkonkurrenz oder Privatisierung öffentlicher Güter. Stattdessen wird von MigrantInnen verlangt, die Folgen der desaströsen Entwicklungspolitik der letzten Dekaden selbst zu tragen. Sie sollen die Kosten der Fehlentwicklung durch neoliberale Politik und durch den Abbau öffentlicher Versorgungsleistungen durch ihre individuellen Mühen übernehmen. Schließlich zielt die alltägliche Praxis von MigrantInnen darauf ab, gesellschaftlich hergestellte soziale Unsicherheit individuell zu bewältigen. Migration ist in erster Hinsicht eine reale Praxis von Menschen, die ihre benachteiligte Stellung in der ungleichen Weltwirtschaft, in hierarchischen Verhältnissen und in einem marginalisierten Umfeld durch eine »Globalisierung von unten« überwinden wollen.

Indem mächtige Entwicklungsagenturen sich die Leistungen und Risiken der MigrantInnen als entwicklungspolitische Strategie aneignen, könnte die Migration zu einem kostengünstigen Ersatzmodell für die im Abbau begriffenen sozialen Sicherungssysteme werden. In Ländern mit hoher Auswanderungsrate übernehmen die Rücküberweisungen bereits heute die Rolle einer »de facto Sozialpolitik«, wie Helen Rupp am Beispiel El Salvador zeigt. 9) Tom Holert und Mark Terkessidis verweisen darauf, dass die Rücküberweisungen wie eine Frührente funktionieren, indem in vielen privaten kleinen Beträgen ein »monumentaler Kapitalfluss zurück ins Land der Herkunft« organisiert wird. Dieser erlaube es dem Staat, »sich gemäß dem neoliberalen Dogma aus der Wohlfahrtspolitik zurückzuziehen«.10)

Diese Form der Aneignung migrantischer Leistungen fügt sich bestens in das verbreitete Privatisierungsdogma der heutigen Entwicklungspolitik ein, wie es auch in Kleinkreditprogrammen oder Public-PrivatePartnerships zum Ausdruck kommt. Insofern ist der neue Blick der Entwicklungsagenturen auf die Migration keineswegs ein Fortschritt hin zur Stärkung der Rechte aller MigrantInnen. Vielmehr dominieren Nützlichkeitsabwägungen unter neoliberalen Vorzeichen.

Anmerkungen:

1 ILO: *Towards a fair deal for migrant workers in the global economy*, Genf 2004.

2 IOM 2005: *Mainstreaming Migration into Development Policy Agendas*, Genf.

3 GCIM: *Migration in an interconnected world new directions for action* (www.gcim.org). Die deutsche Version des Berichtes (*Migration in einer interdependenten Welt: Neue HandlungsPrinzipien*) wurde im Mai 2006 von der ehemaligen Bundestagspräsidentin Rita Süssmuth, Mitglied der GCIM, vorgestellt.

4 Vgl. Arian de Haan: *Migration in the Development Studies Literature Has it come out of it's marginality?* World Institute for Development World Economics, Research Paper 2006/19, February 2006. Mehr über Migration im Rahmen der UNDebatte unter: www.unmigration.org

5 *Global Economic Prospects: Economic Implications of Remittances and Migration*. Wold Bank 2006

6 Piyasiri Wickramasekera: *Asean Labour Migration: Issues and Challenges in an Era of Globalisation*. *International Migration Papers* 57, ILO, Genf 2004.

7 In Indien gehört die Mehrheit der saisonalen (Wander-)ArbeiterInnen zu den unteren Kasten oder zu den Adivasi (indigene Bevölkerung). Während für einige von ihnen die Migration ein Mittel ist, aus traditionellen Strukturen der Unterdrückung auszubrechen, erleben andere, wie genau diese Strukturen durch Vertragsarbeit und Schuldknechtschaft reproduziert werden.

8 Das chinesische System der Haushaltsregistrierung (hukou) erlaubt Bürgerinnen aus ländlichen Regionen nicht, staatliche soziale Leistungen in einer Stadt zu erhalten.

9 Helen Rupp: *Migration als Wirtschaftsmodell: die remittances in El Salvador*. *Prokla* Nr. 140, Münster 2005, S. 397.

10 Tom Holert und Mark Terkessidis: *Fliehkraft. Gesellschaft in Bewegung von Migranten und Touristen*. Köln 2006, S. 125126.

> Martina Backes ist freie Autorin und Mitarbeiterin im iz3w.